

Roy Karadag\*

## Islam und Politik in der neuen Türkei

## Der Aufstieg der AKP aus historisch-institutionalistischer Perspektive

## 1. Das Ende des Kemalismus, wie wir ihn kennen

Haben die »Islamisten« den Machtkampf in der Türkei gewonnen? Steht der »kemalistische« Säkularismus endgültig vor dem Aus?

Angesichts der jüngsten Auseinandersetzungen in den Entscheidungsjahren 2010 und 2011 drängt sich einem der Eindruck auf, dass der kemalistische Block in der Tat seinen Machtanspruch im alltäglichen politischen Prozess verloren hat, um noch mit der moderat-islamistischen *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP) bei der Strukturierung von Politik und Öffentlichkeit mithalten zu können. Letztere hat es nach einem langwierigen Anpassungsprozess an die Regeln des politischen Establishments geschafft, den Spieß umzudrehen und hat nun die Gelegenheit, mit »demokratischen« Waffen die letzten nicht-demokratischen Enklaven des türkischen Regimes zu beseitigen. Nach der erneuten Verhaftung dutzender Generäle im Rahmen des *Balyoz*-Verfahrens<sup>1</sup> als Teil der *Ergenekon*-Ermittlungen schien der Generalstab nicht mehr in der Lage diese zu beeinflussen, nachdem er zum ersten Mal offiziell eingestehen musste, dass in der Tat interne Kreise an Putschplänen beteiligt waren. Nach einem erfolgreichen Verfassungsreferendum am 12. September 2010, genau dreißig Jahre nach dem letzten Militärputsch, und den Parlamentswahlen vom 12. Juni 2011, in denen die AKP zum dritten Mal in Folge die absolute Mehrheit der Mandate erhielt, entschied sich der Generalstab zum letzten symbolischen Schritt gegen die Regierung und trat im Streit um die Verhaftung hochrangiger Armeeakteure im Juli 2011 kollektiv zurück. Infolge der Neubesetzung durch die Regierung verfügt die AKP nun über eine politisch konziliante Armeeführung, die kaum mehr über die Fähigkeit verfügt, steuernd in den politischen Prozess einzugreifen.

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, warum es der AKP überhaupt gelingen konnte, ihre politische Macht in einem feindlichen institutionellen Umfeld zu konsolidieren. Hierbei soll deutlich werden, dass »Islamisten« und »Kemalisten« in den letzten zwei Jahrzehnten das politische Feld der Türkei fundamental verändert haben

\* Der Autor dankt Klaus Schlichte, Lutz Berger und Daniel Seikel für wertvolle Beiträge zu früheren Versionen des Manuskripts.

1 Nach Berichten der liberalen Tageszeitung *Taraf* im Januar 2010 hatten hohe Vertreter des Militärs seit Ende 2002 Putschpläne ausgearbeitet, die am 6. und 7. März auf einem Seminar durchgespielt wurden. Der mutmaßliche Plan *Balyoz* (Vorschlaghammer) sah unter anderem die Bombardierung von Moscheen in Istanbul und die militärische Eskalation mit Griechenland vor, um Chaos und damit den Anlass für einen Putsch zu schaffen.

und in Zukunft andere institutionalisierte Spielregeln gelten werden als bisher. Ich argumentiere, dass in den letzten beiden Jahrzehnten endogen bedingte, graduelle, aber in ihrem Wirkungsgrad revolutionäre politische Veränderungen stattgefunden haben, die dem moderaten Islamismus und seinem propagierten »konservativen Globalismus«<sup>2</sup> eine quasi-hegemoniale Position verschafft haben.

Die endgültige Entmachtung des Militärs in der Türkei fällt in eine Zeit, da sich in der gesamten Region des Nahen Ostens mit den arabischen Umbrüchen in Ägypten, Tunesien und Libyen in der Zukunft neue Verhältnisse zwischen Islam und Staat herauskristallisieren werden. Angesichts der Delegitimierungsprozesse in den autoritär-patrimonialen Regimen der arabischen Welt, die überwiegend islamistische Oppositionsgruppen gestärkt haben, stellt sich denn auch die Frage, ob sich das Modell des türkischen Säkularismus, das Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan auch in der arabischen Welt propagiert, ausbreiten kann. Diese Frage ist umso relevanter, als auch die derzeitigen Militärregime ihre Stellung verfassungsrechtlich ähnlich verankern möchten, wie dies die türkischen Militärs nach dem Putsch von 1980 getan haben. Bevor solche Vergleiche angestellt werden können, bedarf es jedoch einer Analyse der materiellen und diskursiven Ressourcen, mit denen die AKP an die Macht gelangen und diese in einem feindlichen Umfeld monopolisieren konnte. Dazu bediene ich mich einer historisch-institutionalistischen Analyse des Post-1980-Regimes, wobei ich mich darauf beschränke, die Ordnungsversuche des Militärs und ihre Widersprüche zu identifizieren, die bereits vor der AKP-Ära Wandlungsdynamiken ausgelöst haben, die durch die AKP beschleunigt wurden.

Nach einer Konzeptualisierung von Regimen und Institutionen (2.) werde ich eine institutionelle Analyse der Ordnungsversuche des Militärs und der Regimeveränderungen nach 1980 vornehmen (3.). Diese ist essentiell, um beispielsweise zu verstehen, warum eine Wiederholung des sanften Putsches von 1997 im Jahr 2007 nicht mehr möglich war, wozu makrosoziale Erklärungen nicht ausreichend sind. Denn im Endeffekt sind die Versuche des Militärs, das politische Feld nach dem Putsch von 1980 neu zu ordnen, gescheitert und haben das Gegenteil dessen bewirkt, was eigentlich zur Überwindung der vorigen Strukturprobleme erwünscht war, nämlich politische Unordnung. Zwei Prozesse haben die Bemühungen des Militärs zunichte gemacht, sich dauerhaft gegen regierende Eliten im politischen Prozess zu verankern: die Fragmentierung des Regimes und die Moderierung der türkischen Islamisten.

2 Z. Önis, »Conservative Globalists versus Defensive Nationalists: Political Parties and Paradoxes of Europeanization in Turkey« in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 3, S. 247–261.

## 2. Regime, Institutionen und Wandel

Im Gegensatz zu makrosozialen, politökonomischen Erklärungen, die derzeit als Hauptfaktoren für den Aufstieg und die Machtkonsolidierung der AKP herangezogen werden,<sup>3</sup> werde ich hier eine prozessorientierte Analyse durchführen, die sich mit der Wirkmächtigkeit des Militärs im türkischen Regime nach 1980 befasst. Um den Eindruck zu vermeiden, die Machtübernahme der AKP sei strukturell determiniert gewesen, bedarf es der dynamischen Analyse der Strukturierung des politischen Wettbewerbs und der Mobilisierungskapazitäten politischer Akteure. Kurz gesagt, es bedarf einer Analyse des Regimes, der politischen Institutionen und der ihnen zugrunde liegenden Konfliktodynamiken, um den revolutionären politischen Wandel in der Türkei ausreichend zu erklären.<sup>4</sup>

Was sind Regime? Regime sind Konfliktfelder, in denen individuelle und kollektive Akteure um den Zugang zu, den Erhalt und die Maximierung von politischer Macht streiten. Diese Arena, dieses Feld ist strukturiert durch spezifizierte Regeln, wie Macht gewonnen, verloren und erhalten werden kann, wer am Wettstreit teilnehmen kann und wie weit die Geltungskraft politischer Macht geht. Diese Machtform, also die Kapazität, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, orientiert sich an und wirkt durch den Staat, jene »menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewalt für sich (mit Erfolg) beansprucht«<sup>5</sup> Die spezifizierten Regeln des politischen Wettbewerbs sind Institutionen, die vom Staatsapparat geschützt und umgesetzt werden. Regime und die Institutionen, über die sie wirkmächtig werden, sind also in der historisch-institutionalistischen Tradition »enduring legacies of power struggles« (Thelen 1999: 388).<sup>6</sup>

3 V. Nasr, *Forces of Fortune. The Rise of the New Muslim Middle Class and What It Will Mean for Our World*, New York 2009; Y. Atasoy, *Islam's Marriage With Neoliberalism. State Transformation in Turkey*, Houndmills 2009; C. Tugal, *Passive Revolution. Absorbing the Islamic Challenge to Capitalism*, Stanford 2009.

4 Es stellt sich in der Tat die Frage, wie revolutionär die jüngsten Entwicklungen wirklich sind. So argumentiert Tugal (aaO, FN 3) auf der Basis von Gramscis Erklärungsfigur der »passiven Revolution«, dass seit den frühen 2000er Jahren die Mäßigung islamistischer Diskurse und Alltagspraktiken erfolgte und damit revolutionäre Bewegungen in das existierende kemalistische System inkorporiert werden und somit eine neue Integration von politischer und Zivilgesellschaft als Antwort auf die vorige organische Krise stattgefunden hat.

5 M. Weber, *Politik als Beruf*, Stuttgart 1992 [1919], S. 6.

6 Diese macht-orientierte Perspektive auf Institutionen bricht klar mit rationalistischen Annahmen im Sinne der Neuen Institutionenökonomie. In den Worten von Claus Offe: »the origin of institutions must be looked for not in terms of purposive rational and deontological terms [...]. Institutions and institutional changes are more consistently explained in terms of the balance of social power that they reflect rather than in terms of the goals and objectives that they are claimed to serve.« (Claus Offe, »Political Institutions and Social Power: Conceptual Explorations« in I. Shapiro u.a. (Hrsg.), *Political Institutions and Social Power. Conceptual Explorations*, New York 2006, S. 9-31, hier: S. 12). In ähnlicher Weise hebt Terry Moe den fundamentalen Unterschied zwischen »governance structures« und »political systems« hervor: »Governance structures are relational contracts in which actors agree to procedures that allow them to adjudicate disputes, adjust to new developments, and otherwise ensure that their original agreement is maintained

Von Bedeutung für die Reproduktion von Regimen und die sie stützende und durch sie gestützte Verteilung von politischer Macht sind die tatsächlichen Praktiken und Repertoires politischer Akteure und die Art und Weise, wie diese auf materielle und normative Stützen des Regimes einwirken. Bedingt durch vorige Machtkonflikte, ideologische Trennlinien und kulturelle Repertoires finden durch kreative Handlungen bedeutender Akteure neue Repertoires Eingang in den politischen Wettstreit und verändern je nach ihrer Effektivität und Diffusion das Regime und seine Institutionen.

Für den türkischen Fall sind die Ordnungsversuche des Militärs nach dem Putsch von 1980 entscheidend für das spätere Schicksal, Scheitern und Wiederaufstehen islamistischer Parteien. Denn genau hier sind Regimedynamiken wirksam, die letztendlich das Ende des rigiden Kemalismus einleiten sollten, und zwar aufgrund von konflikthaften Interaktionen, die – intendiert oder nicht-intendiert – die politischen Spielregeln ändern konnten. Repertoires von regierenden und oppositionellen Eliten können sich als erfolgreich durchsetzen oder verpuffen in ihrem Anspruch, den politischen Prozess und Diskurse zu bestimmen. Für die Türkei ist diese Perspektive deswegen relevant, weil sich anders nicht erklären lässt, warum sich beispielsweise der »sanfte Putsch« von 1997 zehn Jahre später nicht mehr wiederholen ließ, obwohl sich in der Zwischenzeit an den formellen Spielregeln kaum etwas geändert hatte.

Mit was für einem Regime haben wir es in der Türkei zu tun? Ungeachtet der unge lösten Frage, ob es sich bei der Türkei um ein demokratisches oder nicht-demokratisches Regime handelt,<sup>7</sup> lässt sich eindeutig festhalten, dass in der Türkei demokratische Insti-

over time in a changing environment. [...] What makes such stylized governance structures different from political systems, however, is that they are voluntary. Political systems are different. Centuries of political philosophy notwithstanding, there is no social contract in any meaningful sense that can account for the foundations of government. In all modern societies, people are typically born into the formal structure of their political system, do not agree to it from the onset, and cannot leave if they find it disadvantageous (unless they leave their country).« (T. Moe, »Power and Political institutions« in: Ian Shapiro et. al. (Hrsg.), *Rethinking Political Institutions*, New York, S. 32-71, hier: S. 40-41).

7 Auch wenn es innerhalb der Forschung bei der Frage der Regime- und Subtypenbildung im Falle von autoritären Regimen einigermaßen Einigkeit besteht, so ist diese Frage für die Grauzone zwischen Demokratien und Autoritarismen weiterhin unklar. Sie wird auch weiterhin unklar bleiben, weil die Definitions- und Konzeptualisierungsfragen entlang der Trennlinie zwischen qualitativ-taxonomischen und quantitativ-graduellen Ansätzen verläuft (O. Schlumberger & R. Karadag, »Demokratisierung und Transitionsforschung« in: Harald Barrios, Christoph Stefes (Hrsg.), *Einführung in die Comparative Politics*, München 2006, S. 226-249; K. Köhler & J. Warkotsch, »Konzeptualisierungsstrategien, Regimetypologien und das Problem des Kontinuums« in: Holger Albrecht, Rolf Frankenberger (Hrsg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autoritarismusforschung*, Baden-Baden 2010, S. 61-77. In der zeitgenössischen Forschung wird die Türkei meistens als noch nicht konsolidierte Demokratie (E. Özbudun, *Contemporary Turkish Politics. Challenges to Democratic Consolidation*, Boulder 2000; M. Heper, M., *The Consolidation of Democracy versus Democratization in Turkey*« in: Barry Rubin, Metin Heper (Hg.), *Political Parties in Turkey*, London 2002; Z. Önis & E. F. Keyman, »A New Path Emerges« in: *Journal of Democracy* 2, 2003, S. 95-107) oder als defekte Demokratie angesehen (G. Gürbey, *Außenpolitik in Defekten Demokratien. Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei, 1983-1993*, Frankfurt/M. 2005).

tutionen existieren und es einen effektiven Wahlmechanismus gibt, der sämtliche politischen Ämter betrifft. Auf der anderen Seite werden diese Institutionen in ihrer Wirksamkeit durch die Existenz nicht-demokratisch legitimierter Akteure beeinträchtigt (Militär). Darüber hinaus wird der demokratische Geist der Institutionen durch die nicht-demokratische Verfassung und die tatsächlichen Praktiken politischer Eliten, der ethnisch-orientierten Exklusion von Teilen der Gesellschaft (Kurden) und der fehlenden Responsivität und Verantwortung bei Überschreitungen formeller Spielregeln derart beeinträchtigt, dass es dem Beobachter schwerfällt, in der Türkei einen wirklich demokratischen Prozess wahrzunehmen. Diese Frage wird auch an dieser Stelle nicht eindeutig zu klären sein, was aber nicht davon abhalten soll, den institutionellen Kontext für politische Akteure zu bestimmen.

Regime stellen also je nach historischen Konflikten die Arena für die regularisierte Konfliktaustragung dar. Wir werden allerdings sehen, wie über institutionelle Verschiebungen, Machtveränderungen und neue Diskurse, also über gesellschaftlichen und institutionellen Wandel seit Ende der 1980er Jahre, die Basis für ein neues Regime geschaffen wurde. Dieser Wandel hin zur »Vierten Türkischen Republik« ist vor allem seit den frühen 2000er Jahren wirksam, wobei sich nach dem jüngsten Wahlerfolg der AKP vom 12. Juni 2011 noch zeigen wird, was für ein Regime sich formieren und reproduzieren wird. Regime (und Staaten) sind also keine statischen Ordnungen, sondern verändern sich mit den Praktiken von Eliten und gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen,<sup>8</sup> die die Instrumente und Spielregeln innerhalb der Arena dauerhaft verändern können, und das aufgrund neuer Legitimierungsformen und neuer Konfliktobjekte, die Anlass zu Verschiebungen von Interessen und Diskursen bieten. Aus dieser dynamisch-konfliktsoziologischen Auffassung von Regimen lässt sich am Beispiel der Türkei zeigen, dass das Regime von heute eben nicht mehr das der 1990er Jahre ist. Graduelle, alltägliche Transformationen hatten in der Tat revolutionäre und dauerhafte Folgen.<sup>9</sup>

### 3. Regime und Konflikt dynamiken in der Türkei nach 1980

#### 3.1 Politische Ordnungsinstrumente des Militärs in der Dritten Republik

Das Post-1980-Regime institutionalisierte folgende Lösungen zur Überwindung der vorigen türkischen Strukturprobleme: die Trennung politischer Macht in eine kompetitive Sphäre für politische Eliten und eine autoritäre Sphäre für das Militär, welches die ideologischen Grundfesten der Republik neu definierte, um die organisatorischen Kapazitäten der Linken zu zerschlagen und neoliberale Reformen politisch abzusichern. Dazu sah die die Verfassung von 1982 repressive Mittel gegen Gewerkschaften, Zivilgesell-

8 Vgl. J. Migdal, *State In Society. Studying How States and Societies Transform and Constitute One Another*, Cambridge 2001.

9 Vgl. W. Streeck & K. A. Thelen, (Hrsg.) *Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economies*, Oxford 2005 sowie J. Mahoney, & Kathleen Thelen, »A Theory of Gradual Institutional Change« in: Mahoney / Thelen (Hrsg.), *Explaining Institutional Change*, Cambridge 2010, S. 1-37.

schaftsorganisationen und linke Gruppen vor, um die zu erwartende Niedriglohnpolitik in einem nicht-korporatistischen Kontext durchsetzen zu können.

Ein weiterer Versuch der Steuerung des politischen Feldes war die Ausrufung eines Politikverbots für sämtliche Parteiführer aller Lager – eine sehr drastische Maßnahme, die aufgrund der zentralistischen und hochpersonalisierten Parteistrukturen und der Rolle von Parteien als Patronageressourcen<sup>10</sup> den politischen Prozess über Nacht führerlos machte, und über die das Militär die zukünftigen Eliten von Neuem disziplinieren wollte.

Als dritte Maßnahme galt jenseits der undemokratischen Verfassung die Einführung der 10%-Wahlhürde für Parlamentswahlen, um eine Fragmentierung politischer Lager wie vor 1980 zu verhindern und ein stabiles Parteiensystem zu generieren.<sup>11</sup> Verbunden wurde diese Änderung mit der Schaffung von zwei militärtreuen Parteien, die im Wahlkampf von 1983 auch offen von Juntaführer und Staatspräsident Kenan Evren unterstützt wurden (Hale & Özbudun 2010: 81-82).

Das übergreifende Ziel war die politische Reaktivierung kemalistischer Prinzipien ohne die ehemals notwendigen staatskorporatistischen Arrangements, um politische Aktivitäten auf Basis sozialer, ethnischer und religiöser Konfliktlinien zu vermeiden. Die Transformation des türkischen Staates nach 1980, die auf solch eine kemalistische Radikalisierung abzielte, beinhalteten ebenso neue Verflechtungen zur Zivilgesellschaft, und zwar über die Neustrukturierung der Felder Bildung und Medien. Neue staatliche Kontrollorgane (Hochschulrat, Oberster Rundfunk- und Fernsehrat) wurden ‚gesellschaftlich‘ durch die Schaffung neuer und Stärkung bestehender ‚kemalistischer‘ Zivilgesellschaften (z.B. des *Vereins zu Förderung der Ideen Atatürks*, ADD) begleitet, um das neokemalistische Projekt in der Bevölkerung zu verankern.

Dass in den frühen Jahren der Dritten Republik der Islam als solcher nicht als Gefahrenquelle angesehen wurde, zeigt sich in der Aktivierung einer weiteren ideologischen Ressource: der »Türkisch-Islamischen Synthese«. In den 1970er Jahren von radikalen nationalistischen Denkern gegen linke Ideologien ausgearbeitet, wurde diese Vermischung von Religion und Türkentum sowohl von Präsident Evren als auch von Turgut Özal propagiert und rechtfertigte die Einführung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen wie auch die Öffnung und Ausweitung der Imam-Prediger-Schulen, um den neuen türkischen Staatsbürger ideologisch gegen sozialistische Verheißungen zu immu-

10 E. Özbudun, »The Politics of Clientelism« in: Shmuel N. Eisenstadt, René Lemarchand (Hrsg.), *Political Clientelism, Patronage, and Development*, London 1981, S. 249-269; A. Güneş-Ayata, »Roots and Trends of Clientelism in Turkey« in: Luis Roniger / Ayşe Güneş-Ayata (Hrsg.), *Democracy, Clientelism and Civil Society*, Boulder 1994, S. 49-63.

11 Solch eine Maßnahme macht nur vor dem Hintergrund der Regierungen der Nationalen Front nach 1975 Sinn, die ermöglicht wurden, um die sozialdemokratisierte CHP von der Macht fernzuhalten. Hierin zeigte sich die Koalitionsbildung für Partikularinteressen und zu enormer Korruption, Instabilität und ausufernder Patronage geführt haben (M. Heper, »The State and Debureaucratization: the case of Turkey« in: *International Social Science Journal* 126, 1990, S. 605-615).

nisieren und die durch neue Ungleichheiten stärker polarisierte Gesellschaft zusammenzuhalten.<sup>12</sup>

Welche unmittelbaren Folgen hatte diese Neustrukturierung des politischen Feldes? Erstens lässt sich festhalten, dass der Versuch, im Rahmen der ersten Parlamentswahlen von 1983 zwei neue regimetreue politische Parteien zu schaffen, unmittelbar scheiterte. Dieser Versuch ist durch den Aufstieg von Turgut Özal mit seiner neuen *Anavatan Partisi* (ANAP) vereitelt worden und hatte denn auch die Bipolarisierung politischer Macht zur Folge, zumal sich gleich zu Beginn des reaktivierten politischen Prozesses die Grenzen der externen, nicht-demokratischen Steuerung der politischen Arena offenbarten. Die Bevölkerung war zwar im Großen und Ganzen erleichtert über das Ende der politischen Polarisierung und der ausufernden politischen Gewalt der Jahre 1979 und 1980, aber dieses politische Kapital war 1983 bereits verspielt. Grund dafür waren die anhaltenden politischen Repressionen und der Ausbruch der Bankenkrise von 1982, der zeigte, dass eine Technokratenregierung eben nicht per se besser mit ökonomischen Problemen umzugehen wusste als frei gewählte Politiker. Diese frühe Konfliktphase war bestimmt durch die Entlassung Turgut Özals, des ideologischen Vaters der Wirtschaftsreformen, dem es gelang, die ANAP als Anti-Establishment-Fraktion zu stilisieren, um den demokratischen Wandel politisch zu steuern.

Die 1980er Jahre waren also geprägt von der Arbeitsteilung zwischen dem türkischen Generalstab um Präsident Kenan Evren, der die repressiven Aufgaben übernahm, und der Mutterlandspartei, die aufgrund des Politikverbots über enorme Patronageressourcen verfügte, um sich fest im politischen Prozess zu verankern. Die ANAP wurde zu der Schnittstelle zwischen Staat und Ökonomie, da sie die dominanten Familienholdings über die stark nachgefragten Exportanreize steuern und von diesen Ressourcen abschöpfen konnte. Hier zeigte sich also schon eine alte, neue Dynamik, dass nämlich das Militär den politischen Prozess offensichtlich nicht mehr strukturieren konnte, was alsbald zur Erosion eines weiteren zentralen Pfeilers, des Politikverbots der ehemaligen Parteiführer, führte.

Neben der Beruhigung des politischen Prozesses, der Eindämmung der politischen Gewalt war die Hauptquelle politischer Legitimität für das neue institutionelle Arrangement seine ökonomische Performance und die Gewährung von Wohlfahrtsleistungen in Zeiten des Umbruchs. Das neue liberale Entwicklungsmodell wurde diskursiv als einziger Ausweg aus der Krise ab 1977 identifiziert, um den Zugang zu internationalen Kapitalmärkten zu sichern und die türkische Industrie wettbewerbsfähiger zu machen. In der Tat gelang der Türkei gelang diese Restrukturierung, denn unter enormen Steuerungsanstrengungen versechsfachten sich die Exporte bis 1989, während die Inflationsraten unter Kontrolle gebracht wurden. Gepaart wurden diese Leistungen mit der Per-

12 »The Turkish-Islamic-Synthesis aimed to combine the reorganization of public space with a genuine understanding of Islamic religion. Through the deployment of a *citizen-Muslim* concept it introduced a pedagogy of cultural action towards the self-identification of individuals with Muslim values and morals, while modifying relations with other citizen-Muslims.« (Y. Atasoy *Islam's Marriage With Neoliberalism. State Transformation in Turkey*, Houndmills 2009, S. 91).

formierung ökonomischen Sachverstands der Özal-Regierung.<sup>13</sup> Obwohl der Umbau enorme soziale Kosten, v.a. für die industrielle Arbeiterschaft, verursachte und sich auch das Problem der Auslandsverschuldung perpetuierte, nur unter anderen globalen Rahmenbedingungen, wurde der türkische Reformprozess international und national zum Erfolg stilisiert.

Diese Machtteilung zwischen dem Militär und der ANAP hielt aber nicht lange, weil mit dem Abebben ökonomischen Wachstums ab Mitte der 1980er Jahre und dem Anstieg von Inflationsraten die Legitimationsquelle von Özal geschwächt wurde. In einem politischen Feld ohne wirkliche Alternativen positionierte sich die ANAP bislang als klassenübergreifende Partei, die das ganze rechts-konservative Spektrum abdeckte und die über die Einrichtung neuer Fonds auch die Vergabe von Wohlfahrtsleistungen zur sozialen Einbettung zentralisierte.<sup>14</sup>

Mit der zunehmenden Opposition gegen die Regierung fiel schließlich das Politikverbot der alten Parteiliten: Özal, der sich der Tatsache bewusst war, dass der fulminante Erfolg der Wahlen von 1983 nicht zu wiederholen war und die Ansprüche der alten Eliten wahrnahm, nutzte diese ambivalente Situation und leitete über die Verbindung der Aufhebung des Verbots (als Referendum) mit der Ausrufung von Neuwahlen am 29. November 1987 die Rückkehr der Eliten ein. Die Machtlogik hinter diesem Schritt erwies sich als erfolgreich: Das Referendum wurde knapp (50,3%) angenommen und stärkte die Selbstzuschreibung als demokratische Kraft. Und die kurze Zeit der Wahlvorbereitung sowie die zentrale Kontrolle über Patronageressourcen sicherte erneut den Sieg der ANAP, der 1989 die Übernahme des Staatspräsidentenamtes durch Özal einleitete. Mittelfristig war dieser Schritt jedoch folgenreich, denn er verursachte die ausufernde Fragmentierung des politischen Feldes, welche den Handlungsspielraum für islamistische Parteien neu bestimmte, da sie als einzige einen Anti-Establishment-Status einnehmen konnten.

### 3. 2 Die Islamisten sind da

Die Kontrolle über das ideologische Feld gelang zum einen über die Ausstattung mit neuen diskursiven Repertoires für Militär und politische Eliten,<sup>15</sup> was auf die Verhärtung und Wiederbelebung kemalistischer Prinzipien hinauslief und somit auch die sprachlichen Kategorien zur Lokalisierung und Definierung kemalistischer »Feinde« schuf.

Neben der negativen Sanktionierung durch repressive Artikel in der neuen Verfassung und der Einrichtung der Staatssicherheitsgerichte war die Neubestimmung der stets ambivalenten Beziehung zwischen Islam und Nationalismus von besonderer Bedeutung.

13 J. Böhmer, *Zwischen Exportboom und Re-Islamisierung. Stabilisierungs- und Strukturangepassungspolitik in der Türkei, 1980-1985*, Hamburg 1990.

14 A. Bugra, »Poverty and Citizenship: An Overview of the Social-Policy Environment in Republican Turkey« in: *International Journal of Middle East Studies*, 1, 2007, S. 33-52.

15 Y. Atasoy, *Islam's Marriage With Neoliberalism. State Transformation in Turkey*, Houndmills 2009, S. 161.

Die Ambivalenz dieses neuen Kemalismus zeigte sich am deutlichsten in zwei Feldern: des Kopftuchverbots und der Imam-Prediger-Schulen.

Wenn man sich die aktuellen türkischen und europäischen Diskurse um die Frage des Kopftuchs im Islam vor Augen führt, ist man verleitet anzunehmen, dass dieses heftig umstrittene Objekt seit jeher die Trennlinie zwischen Modernisten und Liberalen auf der einen Seite und Traditionalisten und Islamisten auf der anderen Seite darstellt. Allerdings hat sich der Kopftuchkonflikt erst mit den Maßnahmen von Militär und Justiz nach 1980 in dieser Heftigkeit herauskristallisiert, und zwar mit dem Versuch des Militärs, die revitalisierte Staatsideologie in Alltagspraktiken und Öffentlichkeit zu verankern. Diese Maßnahmen waren nicht nur Eingriffe in die private Religiosität der Bevölkerung, sondern stellten durch die Verknüpfung zu Bildungs- und Arbeitssphären einen effektiven Exklusionsmechanismus dar, der jedoch nur islamistische Frauen treffen sollte. Denn es gibt in der Türkei kein offizielles Verschleierungsverbot für Frauen in der Verfassung, sondern nur eine Reihe von Verordnungen und Urteilsprüchen aus den 1980er Jahren, als diese Frage durch die ANAP politisiert wurde. Im Rahmen der Hochschul-Regulierung zu politischen Aktivitäten in Universitäten wurde 1982 auf Erlass des Generalstabs Studentinnen mit Kopftuch der Zugang zu Universitäten verboten. Die ANAP versuchte in den folgenden Jahren unter Verweis auf die Freiheit der Religionsausübung eine Lockerung dieser Verordnungen per Gesetz durchzusetzen und das Tragen des Kopftuches an Universitäten zu ermöglichen. Doch diese legislativen Schritte ab 1988, also nach der Öffnung des politischen Wettbewerbs, wurden von oppositionellen Parteien und dem Verfassungsgericht abgewiesen.

In der Folge kam es zu einer sehr inkohärenten Regelung der Kopftuchfrage, da sie den Universitätsleitungen und dem Hochschulrat vorbehalten war. So realisierte der neue YÖK-Vorsitzende Sağlam ab 1992 eine eher liberale Position, doch mit dem Putsch von 1997 war diese diffuse Öffnung am Ende, und das Kopftuchverbot an Universitäten wurde rigide durchgesetzt. Auch die Versuche, das Verbot über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu lockern, scheiterten, da dieser am 10. November 2005 im Falle der anklagenden Leyla Şahin die Frage zugunsten der kemalistischen Regulierung bewertete.<sup>16</sup>

Im Bereich der Imam-Prediger-Schulen ist etwas mehr Bewegung in die rigide Lage gekommen. Von 1980 bis 1997 ist die Anzahl dieser Schulen rasant angestiegen, von etwa 374.000 auf 612.000. Bei der Frage, ob aus diesen Schulen allein Prediger hervorgehen sollten oder auch eine allgemeine Universitätsberechtigung eingeschlossen ist, waren die konservativen Regierungen relativ flexibel und ermöglichten den Hochschulzugang.<sup>17</sup> 1997 wurde dieser Weg blockiert. Mit der Ausweitung der Schulpflicht auf acht Jahre fielen drei Jahre ihrer Curricula weg, und Absolventen der Imam-Prediger-Schulen soll-

16 [http://www.menschenrechte.ac.at/orig/05\\_6/Sahin.pdf](http://www.menschenrechte.ac.at/orig/05_6/Sahin.pdf) (aufgerufen am 3.7.2012).

17 Dies erfolgte in einer Phase, in der sich der Wettbewerb um den Hochschulzugang enorm verschärft hatte und der Zugang zu und die Reproduktion von kulturellem Kapital erheblich umkämpft war (H. J. Rutz & E. M. Balkan, *Reproducing Class. Education, Neoliberalism, and the Rise of the New Middle Class in Istanbul*, New York 2009.).

ten nur noch zu theologischen Fakultäten Zugang, aber keine generelle Studienberechtigung, erhalten.<sup>18</sup>

Diese Schließung war Bestandteil des so genannten »sanften Putsches«: Am 28. Februar 1997 verordnete der Nationale Sicherheitsrat in einem Memorandum diese Maßnahmen und äußerte seinen Missmut über islamisierende Tendenzen, was wenig später den Fall der seit 1996 in einer Koalition regierenden *Refah Partisi* (RP) um Necmettin Erbakan zur Folge hatte. Das Ende der Regierung erfolgte jedoch nicht aufgrund eines direkten Beschlusses, sondern im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung gegen die Islamisten, an der sich auch die etablierten Parteien beteiligten, was die ideologische Vormacht des Militärs reproduzierte.

Warum ist dem Militär der Coup von 1997 gelungen, nachdem bereits seit Mitte der 1980er Jahre politische Eliten durch gesellschaftliche und politische Mobilisierung institutionelle Veränderungen durchgesetzt haben, um den Einfluss des Militärs zurückzudrängen? Die Antwort hierauf liegt in dem neuen politischen Kontext der 1990er Jahre, der geprägt ist durch eine enorme Fragmentierung der politischen Arena.

Das Mitte-Rechts-Spektrum war mit dem Ende der ANAP-Hochphase aufgebrochen. Trotz geringer ideologischer Unterschiede gründete sich mit der Rückkehr der alten Eliten eine Vielzahl von Parteien, die angesichts der hohen Wahlhürde den Mechanismus eines Winner-Takes-All-Marktes überleben mussten. Entgegen den Erwartungen des Militärs auf einen geregelten politischen Prozess etablierte sich eine enorme politische Volatilität, die das Parteiensystem unterwanderte, was hohe Grade an Korruption, fehlende institutionellen Kapazitäten und die Verschwendung öffentlicher Ressourcen zur Folge hatte. Dieser Mechanismus, den Önis<sup>19</sup> als »corrupt business cycles« bezeichnete, stellte die Legitimität des Regimes allgemein in Frage.<sup>20</sup>

Die neue Fragmentierung steigerte die Verhandlungsmacht und die Bereitschaft des Militärs, in den politischen Prozess einzugreifen. Auf der anderen Seite stellte es das Militär vor ein enormes Dilemma, weil eine extern auferlegte Ordnung angesichts der delegitimierenden Dynamiken der 1990er Jahre nicht mehr möglich schien. Die Institutionalisierungsmaßnahmen des Militärs waren bis dahin allesamt gescheitert, und die zerstörerischen Folgen der 10% -Wahlhürde bestimmten das politische Spiel. Hinzu kommt, dass das Militär neben den kurdischen Parteien allein die Islamisten als Feinde

18 Mit der Folge, dass die Absolventenzahlen von Imam-Prediger-Schulen nach 1997 rasant abnahmen, bis zu einem Tiefpunkt von 71.100 Schülern im Jahr 2002/03, während danach eine moderate Steigerung bis zu 129.000 Schülern im Jahr 2007/08 einsetzte (D. Çakmak »Pro-Islamic Public Education in Turkey: The Imam-Hatip Schools« in: *Middle Eastern Studies* 5, 2009, S. 826-846.) Versuche der AKP, die Ausgangsposition für Absolventen zu stärken, waren während der Präsidentschaft Sezers nicht erfolgreich, und erst seit 2007 gibt es erneute Versuche, die mit der Restrukturierung des Personals des Hochschulrats verbunden sind, hier die Ziele der eigenen Anhängerschaft umzusetzen.

19 Z. Önis, »Domestic Politics versus Global Dynamics: Towards a Political Economy of the 2000 and 2001 Financial Crises in Turkey« in Ziya Önis, Barry Rubin (Hrsg.), *The Turkish Economy in Crisis*, London 2003, S. 1-30.

20 B. Eligür, *The Mobilization of Political Islam in Turkey*, Cambridge 2010; R. Karadag, *Neoliberal Restructuring in Turkey: From State to Oligarchic Capitalism*, MPIfG Discussion Paper 10/07, Köln 2010.

des Kemalismus stigmatisierte und somit diese Partei als einzige Alternative zu den dominanten und fragmentierten politischen Eliten identifizierte. Dies erfolgte durch das Verbot der *Refah Partisi* 1998 und ihrer Nachfolgerin, der *Fazilet Partisi* im Jahr 2001. Damit beabsichtigte das kemalistische Establishment die Fragmentierung der Islamisten, womit es sie gleichzeitig von den alle Parteien betreffenden delegitimierenden Tendenzen ausnahm. Das Regime selbst legitimierte also den politischen Stand der Islamisten.

### 3. 3 Warum die moderaten Islamisten die Wahlen von 2002 gewinnen konnten

Bis Ende der 1990er Jahre herrschte also ein fragmentiertes politisches Feld vor, das durch Korruptionsnetzwerke zwischen politischen und ökonomischen Eliten geprägt war, ohne dass es zu einer Stabilisierung des Mitte-Rechts-Lagers kam. Auf der anderen Seite stand ein kohäsiver Generalstab, der zwar nicht mehr in der Lage war, politische Prozesse aktiv zu gestalten (wie das noch ein Jahrzehnt zuvor möglich war), der sich nun aber darauf konzentrierte, über die Verhärtung des kemalistischen Diskurses und nicht-demokratische Repertoires (Parteiverbot) zumindest eine islamistische Machtübernahme zu verhindern. Darüber hinaus konsolidierte er die eigenen Prärogativen im Kampf gegen die kurdische Rebellengruppe PKK, um eine politische Lösung des Kurdenkonflikts zu verhindern. Die chronische Delegitimierung des politischen Prozesses hielt jedoch an und sollte mit dem Ausbruch der Finanzkrisen von 2000 und 2001 ungeahnte Dynamiken auslösen.

Der Ausbruch dieser Krisen war überaus folgenreich. Anders als die Krise von 1994, die maßgeblich zum Erfolg der *Refah Partisi* im folgenden Jahr beitrug, waren sie nicht allein über weitere IWF-Kredite und die Abwertung der Währung zu überstehen. Sie belegten den enormen Vertrauensverlust in die staatliche Regulierung der Banken sowie die chronische Anfälligkeit der Politik durch die ungezügelter Einwerbung kurzfristig angelegten Kapitals zur Deckung chronischer Handelsbilanz- und Budgetdefizite. Ministerpräsident Bülent Ecevit erkannte die dramatische Lage und setzte mit Kemal Derviş als neuen Superminister für Wirtschaft und Finanzen einen glaubhaften Reformakteur ein, der aufgrund seines Hintergrunds bei der Weltbank die internationalen Finanzinstitutionen der Handlungs- und Implementierungskapazitäten der türkischen Regierung glaubhaft versichern konnte, wobei nun die Regulierung des Bankensektors im Zentrum der makroökonomischen Anpassung stand.

Die türkische Wende zum »Post-Washington Consensus« (Öniş)<sup>21</sup> war überraschenderweise schnell umgesetzt, und im neuen Modell stabilisierten sich die Komplementaritäten aus niedriger Inflation, niedrigen Zinsen, Privatisierungspolitik und fiskalischer Austerität. Der Kern des Wandels lag in der finanziell kostspieligen Verstaatlichung insolventer und gefährdeter Banken über den neuen Einlagensicherungsfonds (Altunbaş

21 Z. Öniş, Z., »Beyond the 2001 Financial Crisis: The Political Economy of a New Phase of Neoliberal Restructuring in Turkey« in: *Review of International Political Economy*, 3 2009, S. 409-432.

et. al.)<sup>22</sup> Aufgrund der kurzfristig hohen Kosten konnte die Koalitionsregierung der *Demokratik Sol Parti* unter Bülent Ecevit, der ANAP (Mesut Yılmaz) und der *Milliyetçi Hareket Partisi* (Devlet Bahçeli) die Früchte der Reform nicht mehr ernten. Zu erschüttert war das Vertrauen in die bisherigen politischen Eliten, zumal sich der finanzielle Zusammenbruch nur eineinhalb Jahre nach dem verheerenden Erdbeben von Izmit ereignete, der bis zu 20.000 Menschen das Leben kostete und auf drastische Weise die ausufernde Korruption im Staat sichtbar machte.<sup>23</sup>

Wahrscheinlich hätte sich die Nachkrisenzeit ähnlich politisch artikuliert wie nach 1994. Demzufolge hätten die wiederformierten Islamisten Gewinne bei den Wahlen erzielt, hätten ihre politische Macht für die Verschiebung säkularer Diskurse genutzt und wären dabei an die Grenzen der Politik, wie sie das Militär bestimmt, geraten oder hätten sich durch ihre Radikalität als Partei des konservativen Lagers disqualifiziert.

Ein entscheidendes Ereignis verhinderte jedoch diese Wiederholung der Geschichte und veränderte die nachfolgenden politischen Dynamiken: die Aufsplitterung des islamistischen Lagers und die Formierung einer neuen moderat-islamistischen Gruppe um Abdullah Gül, Recep Tayyip Erdogan und Bülent Arinc im August 2001, nachdem deren Revolte gegen den Erbakan-Machfolger Recai Kutan scheiterte. Diese Abspaltung und die Gründung der AKP, die nun offensiv pro-demokratische, pro-europäische und prokapitalistische Diskurse verfolgte, war für den Mechanismus der Identitätsverschiebung in der politischen Arena deswegen so entscheidend, weil eine reine Moderierung der Positionen als solche nicht ausgereicht hätte. Diese Strategie hatte bereits die FP ohne Wirkung unternommen.<sup>24</sup> Nur im Rahmen einer neuen Partei konnten sich die neuen moderat-islamistischen Eliten sowohl von den etablierten Mitte-Rechts-Parteien als auch von den radikaleren Islamisten der ebenfalls neu gegründeten, nur leicht reformierten islamistischen *Saadet Partisi* unterscheiden. Der fulminante Wahlsieg von 2002, der alle bisherigen Parteien aus dem Parlament verdrängt und der AKP eine Zwei-Drittel-Mehrheit verschaffte, unterstrich die Glaubwürdigkeit dieses Wandels und leitete den Regimewandel ein.

Dabei muss die bisherige Regierungszeit der AKP in zwei Phasen eingeteilt werden: die erste Phase bis zu Verfassungskrise von 2007, in der die AKP noch moderat agiert und die Spielregeln des Militärs anerkennt, und die letzten Jahre, in denen die Partei kaum noch fürchten muss, mit nicht-demokratischen Mitteln von der Bühne verdrängt zu werden.

22 Y. Altunbaş, Y., A. Kara und Ö. Olgu, *Turkish Banking: Banking under Political Instability and Chronic High Inflation*, London 2009.

23 P. Green, P., »Disaster by Design: Corruption, Construction and Catastrophe« in: *The British Journal of Criminology*, 4, 2005, S. 528-546.

24 Auf diesen Aspekt der nicht-erwiderten Moderierung islamistischer Parteien geht Brownlee (2010) am Beispiel Ägyptens unter Mubarak ein.

### 3. 4 Der Pragmatismus der ersten AKP-Regierung

Die ersten Jahre nach den Amtsantritten von Abdullah Gül und Recep Tayyip Erdogan waren geprägt durch ein institutionelles Gleichgewicht. Die AKP verfügte über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament (die sie innerhalb der nächsten Jahre aufgrund von Abspaltungen aber verlieren sollte), sah sich aber dem einflussreichen Nationalen Sicherheitsrat und Staatspräsident Sezer gegenüber, die offen ihr Misstrauen gegenüber der neuen Regierung äußerten.<sup>25</sup> In der Tat waren die Möglichkeiten der AKP sehr eingeschränkt, um in spannungsgeladenen Feldern wie der Kopftuchfrage Lockerungen zugunsten der eigenen Wählerschaft realisieren zu können. Parlamentsbeschlüsse gegen das Kopftuchverbot, Vorschläge zur Besetzung von Hochschulräten und des Zentralbankgouverneurs 2004 wurden per Präsidentenveto aufgehalten. Darüber hinaus wurde die Kopftuchfrage um eine weitere Dimension erweitert, dadurch dass Militärs und der Präsident offiziellen Veranstaltungen fernblieben, sobald die verschleierte Ehefrauen von Regierungsmitgliedern anwesend waren. In den regelmäßigen Verlautbarungen des Generalstabs wurde, ähnlich wie zur Regierungszeit Erbakans, offen die Notwendigkeit der Verteidigung des kemalistischen Säkularismus geäußert und damit auch die moderaten Islamisten weiterhin als potentielle Feinde der Republik gekennzeichnet.

Zwei Faktoren verhinderten jedoch eine Patt-Situation: zum einen die moderate Position von Generalstabschef Hilmi Özkök und zum anderen die Verknüpfung der Ausweitung politischer Macht unter Nutzung des EU-Ankers. Der zweite Punkt ist für die jüngere Entwicklung weitaus bedeutender. Einige Reformpakete, v.a. zur zivilen Kontrolle der Staatssicherheitsgerichte 1999 und der Einschränkung der Todesstrafe 2001 (die 2004 ganz abgeschafft wurde), wurden schon vor der Regierungsübernahme verabschiedet. Aber ähnlich wie im Falle der Wirtschaftsreformen nach 2001 boten die EU-Harmonisierungspakete der AKP die Möglichkeit, ihre pro-EU Diskurse (und damit auch ihre moderat-religiöse Haltung) glaubhaft umzusetzen. Darüber hinaus, im Gegensatz zu vorigen reformorientierten Parteien, trug nicht die AKP die Kosten für die politischen Transformationen, sondern hauptsächlich das Militär als nicht-demokratische Enklave. Dieser »EU-Anker«<sup>26</sup> war damit allein gegen den Generalstab gerichtet, der nun nach der letzten Intervention von 1997 und der einsetzenden Moderierung keine diskursive Waffe gegenüber der AKP besaß, um diese Veränderungen aufzuhalten, weil die AKP die kemalistischen Spielregeln ja offiziell einhielt. Die Reformdividende wurde ihr gleichsam von der EU ausgestellt, als im Oktober 2005 offizielle Beitrittsgespräche

25 »The response of the AKP was cautious. Despite its powerful popular mandate, the AKP government was reluctant to openly challenge an institution, which, according to opinion polls, still enjoyed overwhelming public confidence. The party also avoided religious labeling, defining itself as a supporter of secularism and »conservative democracy«. Nevertheless, given the distinctly Islamist origins of most of its leaders and the conservative inclinations of most of its grassroots supporters, hard-line secularists, both inside and outside the armed forces, were bound to regard it with suspicion.« (W. Hale & E. Özbudun, *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey. The Case of the AKP*, London 2010, S. 80.)

26 Z. Önis & C. Bakir, Turkey's Political Economy in the Age of Financial Globalization: The Significance of the EU Anchor, in: *South European Society & Politics* 12, 2007, 147-164.

zur Union begannen, wobei allein das Militär an Macht verlor qua Einschränkung des Nationalen Sicherheitsrats und von Staatssicherheitsgerichten, wobei der Generalstab radikalere Reformen durchaus verhindern konnte.<sup>27</sup> Allerdings musste er mit ansehen, wie im Rahmen der Harmonisierungspakete Bürgerrechte als solche institutionell gestärkt wurden und somit auch eine neue Offenheit in der Frage des Kurdenkonflikts ermöglicht wurde.

Die Regierung beschränkte sich allerdings nicht nur auf innenpolitische Reformen zur Eindämmung des Militärs, sondern ermöglichte auch eine neue außen- und regionalpolitische Ausrichtung, die in den 1990er Jahren hauptsächlich vom Militär und seinen sicherheitspolitischen Direktiven vorgegeben war. Die ersten offensichtlichen Neuerungen zeigten sich relativ schnell nach der Machtübernahme, wobei es der AKP ein wichtiges Anliegen war, gegenüber den westlichen NATO-Partnern ein hohes Maß an außenpolitischer Kontinuität zu vermitteln. Eine erste Verschiebung erfolgte in der türkischen Zypernpolitik, als sich die Regierung zur Annahme des Annan-Plans zur Wiedervereinigung der Insel bereit erklärte. Obwohl der Plan schließlich am negativen Referendum der Zyperngriechen scheiterte, hatten der türkische Kooperationswille und der positive Ausgang des Referendums der Zyperntürken die Pro-Europa-Ausrichtung der Regierung symbolisch gestärkt.

In ihrer Prägestärke weitaus bedeutender war die außenpolitische Neuausrichtung gegenüber den Ländern des Vorderen Orients, die sich mit der parlamentarischen Entscheidung vom 1. März 2003, sich nicht am Irak-Feldzug der USA zu beteiligen und keine Invasion von türkischem Territorium aus zu erlauben, früh entfaltete. Zwar war auch die vorige Koalitionsregierung unter Ecevit gegen eine türkische Beteiligung, so dass hier mitnichten von einer neuen muslimischen Identität als entscheidendem Faktor auszugehen ist. Der AKP gelang aber eine wirksame Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik, bei der letztere gegen die institutionelle Hoheit des Militärs in Sicherheitsfragen eingesetzt werden kann. Kurzfristig hatte dieser Schritt für die Türkei das Dilemma zur Folge, dass sich einerseits die Beziehungen zu den USA verschlechterten und andererseits Mitspracherechte bei der Gestaltung des Nachkriegs Irak, insbesondere bezogen auf den kurdischen Nordirak, verloren gingen. Aber mittelfristig schuf sich die AKP eine neue Arena von Handlungsmöglichkeiten, die vorher den sicherheitspolitischen Vorgaben des Militärs unterstanden. Außenpolitische Vorgaben wurden in zunehmendem Maße von der AKP geprägt. Begriffe des außenpolitischen Beraters und jetzigen Außenministers Ahmet Davutoğlu (»Strategische Tiefe«, »Null-Probleme-Außenpolitik«) wurden propagiert, um zur neuen friedlichen Regionalmacht aufzusteigen und damit eine lange vernachlässigte Region mitgestalten zu können.

Damit steht der AKP ein Feld zur Verfügung, das es in dieser Art in den 1990er Jahren nicht gab, als das Militär der Regierung Erbakan noch eine ungewollte sicherheitspoli-

27 W. Hale & E. Özbudun, *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey. The Case of the AKP*, London 2010, S. 87.

tische Kooperation mit Israel aufzwingen konnte.<sup>28</sup> Innerhalb von wenigen Jahren war es der Regierung also gelungen, sich fester als alle Vorgängerparteien im Regime zu verankern. Mit ihrer Machtübernahme erlebte das Regime einen institutionellen Bruch, weil es durch die Machtstrategien und –praktiken der AKP-Führer gleichsam zu einer neuen Ausdifferenzierung von Machtsphären gekommen ist. Zwar verfügte das Militär noch über ideologische Macht als im In- und Ausland anerkannter Verteidiger des Kemalismus, aber die Ausübung politischer Macht wurde zunehmend erschwert in einem Feld, das von kohäsiven Eliten mit liberalen, demokratischen Zuschreibungen belegt war, nachdem sich diese moderiert hatte und es nach 2002 keine nennenswerten Gegner im politischen Prozess mehr gab. Zwar äußerte der Generalstab noch offen seine Bedenken ob einer zunehmenden Islamisierung, aber ähnlich bedrohliche Ereignisse wie den weichen Coup von 1997 hatte die Regierung nicht zu fürchten. Direkter involviert im Kampf gegen die AKP war Staatspräsident Sezer, der sein Veto mehrmals eingesetzt hat, sowohl im Bereich der Besetzung von Staatsbehörden wie auch bei AKP-Versuchen, die Imam-Hatip-Schulen bezüglich der Universitätsqualifikation mit staatlichen Schulen gleichzustellen.<sup>29</sup>

Trotz dieser Vetomacht lag die politische Gestaltungskapazität allein bei der AKP.

### 3. 5 Machtpolitische Konsolidierung und offene Konfrontationen ab 2007

Somit herrschte bis 2007 ein prekäres Gleichgewicht vor, das allerdings von Spannungen getragen war, die sich in diesem Entscheidungsjahr entladen sollten. Diese bestanden in der Widersprüchlichkeit im Regime, mit pro-demokratischen Liberalisierern auf der einen Seite und nichtdemokratischen Institutionen und Praktiken auf der anderen Seite. Daraus folgte aber nicht, dass die AKP mit aller Kraft die Liberalisierung bzw. Demokratisierung des Regimes vorantrieb. So beseitigte die AKP trotz ihrer Rhetorik wichtige undemokratische nicht. Berüchtigt ist seit jeher Artikel 301 des Strafgesetzbuches zur Verunglimpfung des Türkentums (der »türkischen Nation« seit der Reform des Gesetzes), dessen Bestehen es kemalistischen Akteuren und der Justiz erlaubte, ungehindert Feinde der türkischen Republik zu identifizieren und stigmatisieren.<sup>30</sup>

Neue Spannungen löste der Führungswechsel im Generalstab aus. Ab 2006 stand Yaşar Büyükanıt dem Gremium vor, der zugleich den Diskurs gegenüber der Regierung verschärfte. Anlass für diese erneute Radikalisierung war die bevorstehende Präsidentschaftswahl, bei der der Ausgang angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament sicher schien. Im Frühling 2007 mobilisierten das Militär und die CHP über kemalistische Segmente der Zivilgesellschaft (v.a. ADD) Zehntausende Demonstranten in den so ge-

28 S. Sayari, S., »Turkey and the Middle East in the 1990s« in: *Journal of Palestine Studies* 3, 1997, S. 44-55.

29 Hale & Özbudun, aaO (FN 24), S. 69f..

30 Der prominenteste Fall war die Verurteilung des türkisch-armenischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Hrant Dink 2005, der zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt und im Anschluss an eine weitere 301er-Anklage am 19. Januar 2007 von türkischen Ultranationalisten erschossen wurde.

nannten »republikanischen Märschen«, in denen auch Nicht-Kemalisten ihre Furcht vor einer unaufhaltbaren Zentralisierung politischer Macht und der religiösen Transformationen des öffentlichen Raums kollektiv ausdrücken konnten. Die Märsche machten die tiefe Polarisierung der Konfliktlinie Kemalismus-Islamismus sichtbar und waren aufgrund dieser selbigen Polarisierung in dichotomen Bedeutungszuschreibungen gefangen. Auf der einen Seite stellten Anti-AKP-Medien die Märsche als demokratisch-legitime Ausdrucksform gegenüber der politischen Führung dar. Auf der anderen Seite standen Berichte aus den pro-AKP-Medien, die in diesem Repertoire der Opposition eine Wiederholung der Geschehnisse von 1997 im Sinne einer autoritär-kemalistischen Mobilisierung sahen, die daher mitnichten demokratisch legitim sei.<sup>31</sup> Die opponierende CHP unterstützte diesen Radikalisierungskurs, indem sie durch die Nichtteilnahme am dritten Wahlgang im Parlament die Wahl Güls blockierte und das Verfassungsgericht zur Klärung über das Quorum anrief. Der Spruch des Verfassungsgerichts zugunsten des CHP-Antrags löste eine konstitutionelle Krise aus, und die Wahl Güls musste auf die Zeit nach den vorgezogenen Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 verschoben werden. Auch hierbei zeigte der noch größere Erfolg (47%) der AKP, dass eine verschärfte Polarisierung und Radikalisierung des kemalistischen Lagers im elektoralen Prozess keine Erfolge mit sich bringen würde. Schließlich wurde Abdullah Gül am 28. August problemlos zum Präsidenten gewählt, womit eine weitere institutionelle Basis des Kemalismus wegfiel und zugleich das prekäre Machtgleichgewicht der ersten Legislaturperiode beendet war.

Die Ära nach 2007 stand gänzlich im Schatten einer neuen Reihe konflikthafter Interaktionen zwischen gestärkten Islamisten und geschwächten Militärs. Diese neuen Episoden hatten zugleich auch ein prominentes Opfer gefunden, und zwar die geplante neue, liberale Verfassung, die das nicht-demokratische Erbe der 1982er Verfassung beenden sollte. Beauftragt wurde eine Kommission um den prominenten Professor Ergun Özbudun von der Bilkent-Universität, die ihren Entwurf bereits einen Tag nach der Parlamentswahl vorlegen konnte, der dann für weitere Verhandlungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren dienen sollte. Entgegen den hoffnungsvollen Bekundungen verschwanden die Verfassungsänderungspläne jedoch sehr schnell wieder in den Schubladen angesichts der neuen Konfliktodynamiken, die durch Generalstab und Justiz angeheizt wurden.

Der offene Auslöser waren die erneuten bewaffneten Kämpfe zwischen PKK-Rebellen und Armee im Südosten ab Oktober 2007. Als Antwort darauf reagierte er Generalstaatsanwalt mit der Eröffnung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die kurdische *Demokratik Toplum Partisi* (DTP). Die Militärführung ging noch einen Schritt weiter und weitete mit Luftangriffen auf die PKK-Basen im Nordirak die Kampfzone aus und startete im Februar 2009 sogar die Bodenoffensive gegen die im Nordirak lange tolerierten Rebellen. Mit diesen Schritten brachten Justiz und Generalstab die AKP in eine neue Dilemmasituation. Denn bis dato profitierte sie davon, dass der Kurdenkonflikt zumin-

31 Interessanterweise hat sich die European Stability Initiative (2008) in ihrem Bericht *Turkey's Dark Side* der letzteren Interpretation angeschlossen und auf die Beziehungen zwischen Militär, Ultranationalisten, der ADD und dem »tiefen Staat« hingewiesen.



dest kurzfristig mit der Festnahme Abdullah Öcalans in Kenia 1999 militärisch gelöst war und die AKP in den Jahren danach mit der Umsetzung kultureller Reformen die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des schwelenden Konflikts aufrechterhalten konnte. Angesichts des Mangels an pro-kurdischen Reformprogrammen der Oppositionsparteien war dies relativ einfach zu bewerkstelligen. Die Erfolge in den kurdischen Hochburgen bei den Gemeinderatswahlen von 2004 und den Parlamentswahlen von 2007 belegten den Erfolg dieser Strategie.

Dennoch, und hierin zeigt sich die Kapazität des kemalistischen Lagers, über Aktivitäten den politischen Prozess weiterhin mitzugestalten: sie zwangen, gemeinsam mit den Parteien CHP und MHP, die AKP angesichts der kurdischen Herausforderung und der verfassungsrechtlichen Unteilbarkeit der Nation zu deutlicheren kemalistischen Positionierungen, zu denen der nationalistische Flügel der Partei allzu bereit war. Die AKP beging damit eine Verhärtung ethnonationalistischer Positionen, in deren Rahmen eine friedliche Konfliktregelung des Kurdenproblems nicht mehr glaubhaft vermitteln konnte. Infolgedessen musste die AKP Einbußen im bei den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2009 zulasten der DTP hinnehmen, so dass die neuesten Reformen wie die Einführung des kurdischsprachigen staatlichen TV-Senders *TRT Şeş* in der neuen nationalistisch aufgeheizten neuesten Phase elektoral nicht gewürdigt wurde.

Das sind also die Anzeichen dafür, dass mit der Ethnonationalisierung des Diskurses seit 2007 die Abkehr von klaren Liberalisierungssignalen eingeleitet wurde. Nicht nur wurde das neue Verfassungspaket vorerst aufgegeben. Angesichts der wahrgenommenen fehlenden Würdigung von bisherigen Reformprojekten, die nun – mit der geforderten Öffnung türkischer Häfen für griechisch-zypriotische Erzeugnisse – auch an sicherheitspolitische Grenzen stieß, eine zunehmende EU-Skepsis breit, die ab 2006/07 mit zum Stillstand der Beitrittsverhandlungen führte. Damit hatte sich der »EU-Anker« als interne Machtressource gegen das Militär ausgelebt.

Im Frühjahr 2008, auf dem Höhepunkt der erneuten ideologischen Debatten, griff das kemalistische Lager zur mächtigsten institutionellen Waffe gegen die AKP, dem Parteiverbotsverfahren, das am 21. März 2008 beim Verfassungsgericht eröffnet wurde. Warum zu diesem Zeitpunkt? Weil die AKP angesichts des erneuten Wahlauftrags und der Ernennung Güls zum Präsidenten nach langem Stillhalten nun einen schwelenden Konflikt, nämlich die Kopftuchfrage, die seit 1997 ambivalent institutionalisiert war, endgültig regeln wollte. In einem Verfassungsänderungsvorstoß, den sie gemeinsam mit der MHP verabschiedete, wurde am 9. Februar 2008 ermöglicht, dass Frauen mit Kopftuch an staatlichen Universitäten studieren können. Die CHP beantragte sogleich die Annullierung der Verfassungsänderungen beim Verfassungsgericht, was der Generalstaatsanwalt zugleich zum Anlass nahm, ein Parteiverbotsverfahren gegen die AKP zu initiieren.

Nachdem also der politische Prozess erneut stillstand, traf das Verfassungsgericht am 30. Juli 2008 zwar die Entscheidung, dass die Verfassungsänderungen ungültig seien und dass die Regierung damit gegen den laizistischen Grundcharakter des Staates verstoßen hat und deswegen auch eine erhebliche finanzielle Strafe verhängt, aber ein Parteiverbot wurde nicht ausgesprochen (eine Stimme fehlte). Das Gericht gab sich also mit dieser eindeutigen Warnung zufrieden und stellte damit die kemalistische symbolische Ord-

nung wieder her, der zufolge die Grenzen des politischen Raumes in der Türkei nicht den politischen Eliten überlassen werden.

Doch entgegen den Erwartungen, dass sich die mit dieser beschränkten Machtposition zufrieden geben würde, war die Regierung bereits 2008 dabei, den Kampf gegen bis dato unkontrollierte Machtgruppen in bisher ungesehenem Ausmaß fortzuführen. Sie initiierte ihren eigenen Feldzug gegen das Militär, und zwar mit der Mobilisierung von Polizei und Justiz gegen den ominösen »tiefen Staat«,<sup>32</sup> ein Netzwerk von Angehörigen aus Militär, Paramilitärs, Anwälten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und organisiertem Verbrechen, das neben der Verwicklung in den schmutzigen Krieg gegen die PKK in den 2000er Jahren mit einer Reihe politischer Morde (neben Hrant Dink unter anderem am italienischen Priester Andre Santora im Februar 2006 in Trabzon und an drei protestantischen Missionaren im April 2007 in Malatya) in Verbindung gebracht wurde. In den journalistischen und polizeilichen Enthüllungen wurde nun eine zunehmend unüberschaubare, »Ergenekon« genannte Gruppe identifiziert, die politische Morde verübte, versuchte die Lage im Südosten eskalieren zu lassen und liberale und kurdische Aktivisten einschüchterte.

Nach mehreren Verhaftungswellen begann der erste *Ergenekon*-Prozess im Oktober 2008, der von Liberalen und AKP-Anhängern als einzigartige Gelegenheit gesehen wurde, den tiefen Staat aufzudecken und ihn mit rechtsstaatlichen Mitteln zu entmachten. AKP-Gegner (liberale und kemalistische) erkannten hierin allerdings schnell den Versuch, jegliche Opposition im Keime zu ersticken und politische Gegner über Verbindungen zu *Ergenekon* zu stigmatisieren, um den politischen Monopolisierungsprozess zu konsolidieren. So wurden eben nicht nur Paramilitärs und Ultranationalisten verhaftet, sondern darüber hinaus anerkannte Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen.<sup>33</sup>

Aber die AKP ging noch weiter mit diesem neuen juristischen Repertoire. Nun galt es zum ersten Mal in der türkischen Geschichte, opponierende Gruppen innerhalb des Militärs anzugreifen, die direkt oder indirekt in Putschpläne involviert waren. Zum ersten Mal berichtete die Zeitschrift *Nokta* 2007 über Putschpläne aus dem Jahr 2004. Obwohl *Nokta* diesen Scoop nicht überlebte und am 12. April 2007 geschlossen wurde, ging die Berichterstattung weiter und gab der AKP die Gelegenheit, nicht nur Pläne aufzudecken, sondern auch entschieden in mehreren Verhaftungswellen diese Netzwerke aufzubrechen, um die andauernde Gefahr eines nicht-demokratischen Umsturzes zu belegen. Die Rolle des Aufdeckers übernahm danach die liberale Tageszeitung *Taraf*, die im Januar 2010 vom *Balyoz*-Putschplan berichtete, im Rahmen dessen im Laufe des Jahres hohe

32 M. Gunter, »Deep State: The Arcane Parallel State in Turkey« in: *Orient* 3, 2006, S. 334-348.

33 Ein prominentes Beispiel hierfür war die Verhaftung von Turkan Saylan am 13. April 2009 als Leiterin des *Vereins zur Förderung der zeitgemäßen Lebensweise*, die als Ergenekon-Mitglied genannt wurde, allerdings keinen Prozess mehr befürchten musste, weil sie einen Monat später ihrem Krebsleiden erlag. (G.H. Jenkins, *Between Fact and Fantasy: Turkey's Ergenekon Investigation*, Washington D.C.: Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program, 2009, <http://www.silkroadstudies.org/new/docs/silkroadpapers/0908Ergenekon.pdf>. [aufgerufen am 06.7.2012].

Militärangehörige verhaftet wurden, u.a. General Çetin Doğan. Die letzte Welle von Verhaftungen betraf am 12. Februar 2011 163 Personen, die am besagten Seminar 2003 teilgenommen haben sollen.<sup>34</sup> Unabhängig davon, wie die *Ergenekon*- und die *Balyoz*-Prozesse ausgehen werden, die angesichts der anhaltenden Politisierung des Justizapparats an systematischen Widersprüchen leiden,<sup>35</sup> hat die AKP mit dieser Vorgehensweise nicht nur das Militär mit seinen eigenen, vormals mächtigen, Waffen geschlagen, zumal es seitdem diskursiv in der Defensive ist. Darüber hinaus werden die im Referendum legitimierten Verfassungsänderungspläne von 2011 mit ihrer Umsetzung in Zukunft dazu führen, dass dieses Instrument der Verfügungsmacht des Parlaments unterstehen wird. Damit wird wohl der entscheidende Schritt zu funktionalen Ausdifferenzierung zwischen Politik und Militär getan sein.

#### 4. Fazit

Kurz zusammengefasst: Die moderaten Islamisten, die sich neu unter dem Banner der AKP versammelt haben, konnten das politische Feld erobern und die Kontrolle über den Staatsapparat gewinnen, weil das Militär in seiner neokemalistischen Strukturierung des Regimes die politischen Dynamiken von Legitimierung und Delegitimierung in formal demokratischen Kontexten missachtet hat und mit der Zerteilung des Regimes in ein kompetitives Feld mit teilweise demokratischen Regeln und ein bürokratisch-ideologisches Feld zur Bewahrung symbolischer Ordnung zufrieden war. Außerdem hat das Militär durch seine institutionellen und diskursiven Repertoires die opponierenden Islamisten als Feinde ihres Kemalismus gekennzeichnet und sie als Anti-System-Partei erst bestärkt. Die 10%-Wahlhürde konnte die Fragmentierung des Regimes nicht aufhalten, sondern hat stattdessen den politischen Wettstreit zu einem Nullsummenspiel gemacht. Die AKP selbst konnte nach der Finanzkrise glaubhaft den Bruch mit radikalen, anti-kemalistischen Positionen signalisieren und somit das erodierende Mitte-Rechts-Spektrum übernehmen. Diese Signale konnte sie in der ersten Legislaturperiode mithilfe der EU-Annäherung und dem Verzicht auf eine allzu religiöse Agenda unter Beweis stellen. Mit der Verschärfung der Kemalismus-Islamismus-Konfliktlinie ab 2007 gelang über die *Ergenekon*-Prozesse und die Aufdeckung von Putschplänen die Attribution von Militär und Justiz als Feinde, und nicht als Retter der Demokratie. Schließlich stellte sich das erfolglose Parteiverbotsverfahren für letztere als dysfunktional dar, denn damit hat auch die *ultima ratio* der kemalistischen Opposition ihre Geltungsmacht verloren.

Allerdings geht die AKP aus diesen konflikthafter Interaktionen nicht unverändert hervor. Seit 2002 erlebte sie ihren ersten Transformationsprozess durch die Inklusion in den politischen Prozess, im Laufe dessen radikal-islamistische Diskurse aufgegeben wurden, um das anfällige Mitte-Rechts-Lager zu übernehmen. Ebenso ist die AKP von 2012 nicht mehr dieselbe von 2002, als mit ihr noch der demokratische Aufbruch verbunden werden konnte, den sie, zur Überraschung und Erschütterung der Opposition, damals

34 <http://www.bianet.org/english/people/127866-163-arrest-warrants-in-sledgehammer-trial>.

35 G. H. Jenkins, aaO. (FN 31).

auch glaubhaft repräsentierte. Dies war jedoch nur angesichts eines politischen Umfelds möglich, in dem sonst keine Parteien zu ideologischen Verschiebungen bereit schienen. Der Wechsel an der Spitze der CHP von Deniz Baykal zu Kemal Kılıçdaroğlu, der 2011 moderate Stimmenzuwächse zur Folge hatte, war in seinem Veränderungspotenzial bislang eher beschränkt. Wie sich in Zukunft die Vierte Republik ohne die Metamacht des Militärs entwickeln wird bleibt unklar. Eindeutig ist allerdings die Tatsache, dass das Militär nicht mehr putschen kann, denn dieses Instrument hat sich inzwischen ausgelebt.

Diese Analyse zeigt darüber hinaus, dass es doch spezifische, türkische Institutionen waren, ohne die die AKP wohl nicht einen solchen revolutionären Impuls für die politische Ordnung ausgelöst hätte. Ohne die 10%-Wahlhürde hätte sie 2002 nicht die absolute Mehrheit erreicht und wäre das Mitte-Rechts-Lager nicht derart implodiert. Und ohne die Ordnungsversuche des Militärs, gepaart mit den Praktiken traditionaler politischer Eliten in den 1990er-Jahren, hätten die moderaten Islamisten auch nicht von Fragmentierungs- und Delegitimierungsprozessen des Regimes profitieren können. Von diesen Ergebnissen ausgehend lässt sich schlussfolgern, dass ein ähnlich rasanter, demokratisch legitimer, Aufstieg islamistischer Parteien in der arabischen Welt nicht zu erwarten sein wird bzw. dass sich das türkische Modell nicht replizieren lässt, selbst wenn das denn von relevanten Akteuren beabsichtigt wäre. Auch wenn in Ägypten, Tunesien und Libyen Prozesse der Fragmentierung zu erwarten sind, und auch wenn die Militärs versuchen werden, das politische Feld diskursiv zu schließen und sich das Recht vorbehält, despotisch in den politischen Prozess zu intervenieren, um die Machtübernahme populärer Gegeneliten zu verhindern – so viel zu potentiellen Ähnlichkeiten –, so darf doch ein entscheidender Aspekt nicht außer Acht gelassen werden: Das türkische Modell ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass seit knapp drei Jahrzehnten der politische Islam in das formell-demokratische Regime eingebunden wurde, sondern dass das Land seit sechs Jahrzehnten seine Erfahrungen mit demokratischem Wettbewerb macht und erst jetzt, 66 Jahre nach den ersten kompetitiven Wahlen, das Militär aus dem politischen Prozess verdrängt werden konnte. Solche Episoden der (autoritären) Legitimierung und der (nicht-autoritären) Delegitimierung des Militärs müssten die zukünftigen arabischen Regime erst durchmachen, damit man von der Replikation eines türkischen Modells sinnhaft reden könnte.

#### Zusammenfassung

Unter der moderat-islamistischen AKP hat in der Türkei im letzten Jahrzehnt ein ungeahnter politischer, ökonomischer und kultureller Wandel stattgefunden. Im Vergleich zu anderen islamistischen Bewegungen der Region ist es in der Türkei gelungen, über den politischen Prozess enorme Gestaltungsmacht auszuüben. Wie ist dies angesichts einer bislang unangefochtenen Vorherrschaft des Militärs als Hüter des Kemalismus über politische Entwicklungen möglich gewesen? In diesem Artikel wird eine institutionalistische Erklärung vorgestellt, das Ziel des Putsches von 1980, eine neo-kemalistische Ordnung in den politischen Prozess zu bringen, fehlschlug und das Feld für neu formierte

Islamisten öffnete, die in zehn Jahren in konflikthaften Interaktionen das Militär graduell, aber mit revolutionären Konsequenzen, aus dem politischen Prozess zurückdrängen konnten und nun selbst ohne diese externe Gefahr agieren können.

### *Summary*

Within the last decade, Turkey has experienced fundamental political, economic and cultural transformations. Compared to other Islamist movements in the Middle East, moderate Islamists have been capable of exerting substantial social and political power. How was this possible given the formerly uncontested supremacy of the Kemalist military that suspiciously guarded political developments? This article presents a process-based explanation of the success and political entrenchment of the AKP. It argues that the aims of the 1980 military intervention to bring neo-Kemalist order into the political field backfired and themselves paved the way for moderate Islamists. These, in turn, could not only safeguard their place within the regime, but engaged in contentious interactions with the military, thereby introducing gradual changes with one revolutionary institutional outcome: a Turkish regime free from military interference.

*Roy Karadag*, Islam and Politics in the New Turkey: The Rise of the AKP From a Historical-Institutionalist Perspective